

**Antrag**

der Fraktion der CDU und der Fraktion der SPD

**Schwammstadt Berlin zügig ausbauen: Regenwasser für Stadtnatur nutzen**

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, klimaresiliente Maßnahmen voranzutreiben. Hierfür sollen unter Einbeziehung der Berliner Wasserbetriebe, der Regenwasseragentur, der Bezirke und wissenschaftlicher Institutionen verbindliche, wirkungsvolle und quantifizierbare Ausbauziele für die Schwammstadt Berlin in Jahresscheiben vorerst für die nächsten 10 Jahre erarbeitet werden. Die dafür erforderlichen Kosten und Ressourcen sind zu benennen. Zur Erreichung der Ziele sollen folgende Maßnahmen umgesetzt werden:

**1. Dezentrale Nutzung von Regenwasser verstärken**

Die Einleitungsmenge des Regenwassers in die Kanalisation und Gewässer soll im Sinne des Schwammstadtkonzepts verringert werden. Lösungen zur dezentralen Regenwassernutzung und -bewirtschaftung sollen zügig verstärkt Anwendung finden. Im Bestand der öffentlichen Gebäude soll sukzessive geprüft werden, inwiefern eine dezentrale Regenwasserbewirtschaftung umgesetzt werden kann. In welchem Umfang der Ausbau der dezentralen Regenwasserbewirtschaftung und die Abkopplung von Flächen bis zum Jahr 2030 und darüber hinaus möglich sind, soll in einer Potentialanalyse dargestellt werden. In dieser sind auch grundstücksübergreifende Lösungen auf Grundlage der dazu erarbeiteten Studie einzubeziehen.

**2. Ausbau der Dach- und Fassadenbegrünung, auch für öffentliche Gebäude, voranbringen**

Das 1000-Grüne-Dächer-Programm soll für weitere Interessierte geöffnet werden. Die Zahl an intensiven und extensiven Dachbegrünungen soll deutlich erhöht werden, wobei intensiven Dachbegrünungen im Hinblick auf das Stadtklima Vorrang einzuräumen ist.

Bereits vorhandene Dach- und Fassadenbegrünungen sollen rechtlich gegen ein Entfernen abgesichert werden. Der Senat soll einen Zeitplan aufstellen, der für die landeseigenen Bestände konkrete Ausbauziele für begrünte Flächen und zurückgeholtene Regenmengen festlegt und Umsetzungspfade benennt. Die öffentliche Hand hat einen Vorbildcharakter. Der Senat wird daher aufgefordert, einen Bericht zu erstellen, welche landeseigenen Gebäude für eine Dach- oder Fassadenbegrünung geeignet und welche bereits begrünt sind. Die Zahl an umgesetzten Dach- und Fassadenbegrünungen soll deutlich erhöht werden. Die Dachbegrünung ist, wo immer möglich, mit bereits vorhandenen bzw. neu zu errichtenden Solaranlagen und öffentlichen Aufenthaltsflächen auf den Dächern zu kombinieren.

### **3. Deutliche Reduzierung von Mischwassereinleitungen durch einen kombinierten Ansatz**

Die Einleitung von nicht gereinigtem Abwasser sowie von belastetem Regenwasser in die Berliner Gewässer soll reduziert werden. Zur Umsetzung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie sollen Mischwassereinleitungen auf ein Minimum reduziert werden. Die vom Land Berlin und den Berliner Wasserbetrieben getroffene Vereinbarung zu einem Gewässergüteprogramm hatte das Ziel, bis 2025 rund 400.000 Kubikmeter unterirdischen Stauraum für Mischwasser zu schaffen. Der Ausbau von Staukapazitäten für Mischwasser ist soweit wirtschaftlich sinnvoll weiter voranzutreiben, da auch nach Abschluss des Bauprogramms akute ökologische Schäden in Schwerpunktgewässern auftreten. Mischwasserüberläufe sollen vorrangig an besonders sensiblen Bereichen reduziert werden. Für diesen Zweck sollen alle bekannten Systeme geprüft werden. Zudem sollen Maßnahmen zur Reinigung von stark belastetem Regenwasser (z. B. Bodenfilter) verstärkt umgesetzt werden. Die Vereinbarung mit den BWB soll dazu verlängert werden.

### **4. Ausbau der Speicherkapazität in Form von Zisternen**

Die wertvolle Ressource Regenwasser soll durch Speicherung und gezielte Nutzung in trockenen Phasen zur Versorgung der Stadtnatur genutzt werden. Dazu ist die Schaffung von technischen Speicherkapazitäten in Form von ober- und unterirdischen Zisternen geboten. Die Nutzung des gesammelten Regenwassers zur Bewässerung von Stadtbäumen und des Stadtgrüns muss fester Bestandteil einer Bewässerungsstrategie Berlins werden, damit eine Inanspruchnahme von Trinkwasser für die Bewässerung reduziert wird. Zu diesem Zwecke soll ein gezieltes Förderprogramm aufgelegt werden. Ziel soll sein, bis zum Jahr 2030 ein Volumen mit einer Gesamtkapazität von 100.000 m<sup>3</sup>, beispielsweise in Form von Mulden in öffentlichen Grünanlagen oder Zisternen zu schaffen. Um auch für Grundstückseigentümerinnen und Grundstückseigentümer sowie Nutzerinnen und Nutzer Anreize zu schaffen, sind die Förderinstrumente auszubauen. Um die Antragstellung zu vereinfachen und kombinierte Lösungen zu ermöglichen, soll das Förderprogramm möglichst mit dem bestehenden GründachPLUS-Programm kombiniert werden. Zu prüfen ist, inwieweit nicht mehr genutzte, unterirdische Bauwerke zu Zisternen umgebaut werden können.

### **5. Die Wasserbetriebe investieren ins Wasser**

Investitionen sollen verstärkt zur Erreichung der Ziele der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie vorangetrieben werden. Die Erfüllung der Europäischen Wasserrahmenrichtlinie erfordert erhebliche zusätzliche Mittelaufwände.

## 6. Privates Engagement würdigen

Das Engagement von Bürgerinnen und Bürgern, die sich durch persönlichen Einsatz von Zeit und vor allem Geld für den Erhalt unserer Straßenbäume und unseres Stadtrüns einsetzen, soll zukünftig stärker gewürdigt werden. Die freiwillige Abkopplung des Regenwassers auf eigenen Grundstücksflächen von der Kanalisation soll durch finanzielle Anreize unterstützt werden. Engagierte Berlinerinnen und Berliner sollen bei ihrem bürgerschaftlichen Engagement unterstützt werden.

Dem Abgeordnetenhaus ist ein Monitoringbericht über den Fortschritt auf dem Weg zur Schwammstadt jährlich vorzulegen und erstmals bis zum 31. Dezember 2025 zu berichten.

### **Begründung:**

Die Umsetzung des Schwammstadt-Konzepts in Berlin ist von zentraler Bedeutung, um die Hauptstadt widerstandsfähig gegen die Auswirkungen des Klimawandels zu machen. Extreme Wetterereignisse wie Starkregen und lange Trockenperioden stellen die städtische Infrastruktur, die Wasserbewirtschaftung und die Stadtnatur vor immense Herausforderungen und Schadenskosten. In diesem Zusammenhang ist die nachhaltige Nutzung von Regenwasser ein wesentlicher Baustein, um Gewässer zu schützen, die Stadt vor Überflutungen zu bewahren und die Lebensqualität zu erhöhen.

Die derzeitige Situation macht die Dringlichkeit des Handelns deutlich: Im Jahr 2022 mussten 700.000 Euro aufgewendet werden, um den Landwehrkanal durch ein Belüftungsschiff mit ausreichend Sauerstoff zu versorgen. Diese hohen Kosten sind eine direkte Folge der Mischwasserüberläufe, bei denen während Starkregen ungeklärtes Abwasser in die Berliner Gewässer gelangt. Solche Vorfälle führen zu gravierenden ökologischen Schäden, darunter Sauerstoffmangel, Fischsterben und eine dauerhafte Belastung der Gewässerökosysteme. Trotz dieser alarmierenden Problematik sind die Fortschritte in der Reduzierung von Mischwassereinleitungen ins Stocken geraten. Programme zur Schaffung von Staukapazitäten, die vor 2016 jährlich 14.000 m<sup>3</sup> Fassungsvermögen ermöglichten, wurden kaum weitergeführt. Besonders im Hinblick auf die perspektivisch zu erwartenden verringerten Durchflussmengen ist akuter Handlungsbedarf erforderlich.

Dach- und Fassadenbegrünungen spielen eine Schlüsselrolle im Schwammstadt-Konzept, da sie nicht nur Regenwasser zurückhalten, sondern auch die Stadtnatur fördern, das Mikroklima verbessern und die Biodiversität stärken. Begrünte Flächen binden Feinstaub, senken die Umgebungstemperatur und tragen erheblich zur Klimaanpassung bei. Trotz ihrer Vorteile sind begrünte Dächer und Fassaden bisher eher die Ausnahme als die Regel. Öffentliche Gebäude müssen dabei eine Vorbildfunktion einnehmen und zeigen, dass eine grüne und klimaresiliente Stadt machbar ist. Es braucht daher klare Zielsetzungen und Zeitpläne. Nur so kann Berlin langfristig zu einem internationalen Vorbild für nachhaltige Stadtentwicklung werden.

Die Förderung der dezentralen Regenwassernutzung ist hierbei ein essenzieller Bestandteil. Durch die Speicherung und Nutzung von Regenwasser, etwa in oberirdischen (z. B. auch auf Dächern) und unterirdischen Zisternen, kann die Versorgung der Stadtnatur in Trockenperioden gesichert und die Abhängigkeit von Trinkwasser verringert werden. Gleichzeitig muss die Einleitung von Mischwasser langfristig so weit wie möglich reduziert werden. Mischwassereinleitungen stellen weiterhin eine erhebliche Belastung für Berliner Gewässer dar und müssen insbesondere in sensiblen Gewässerbereichen prioritär reduziert werden. Hierfür sind zusätzliche Investitionen in Staukapazitäten und Maßnahmen wie Bodenfilter unverzichtbar.

Die Stadt Berlin hat bereits im Jahr 2019 die Klimanotlage ausgerufen. Doch bisherige Maßnahmen reichen nicht aus, um die Herausforderungen des Klimawandels zu bewältigen. Es braucht einen echten Paradigmenwechsel, der nicht nur aus politischen Willensbekundungen, sondern aus konsequentem Handeln und einer nachhaltigen Finanzierung besteht. Dach- und Fassadenbegrünung müssen zur Regel werden und nicht die Ausnahme bleiben. Neben der Pflicht, öffentliche Gebäude zu begrünen, braucht es klare Zeitpläne, bis wann die Anzahl der grünen Dächer und Fassaden in Berlin deutlich erhöht wird.

Die Berlinerinnen und Berliner haben ein Recht darauf, dass ihre Stadt nicht nur auf dem Papier die Klimakrise ernst nimmt, sondern aktiv an einer lebenswerten Zukunft arbeitet. Ein jährlicher Monitoringbericht über den Fortschritt auf dem Weg zur Schwammstadt wird dabei eine zentrale Rolle spielen, um Transparenz zu gewährleisten und Vertrauen in die politischen Maßnahmen zu schaffen. Mit einer konsequenten Umsetzung des Schwammstadt-Konzepts hat Berlin die Chance, als internationale Modellstadt für innovative und nachhaltige Klimaanpassungsstrategien zu agieren. Diese Transformation ist nicht nur eine ökologische und wirtschaftliche Notwendigkeit, sondern auch ein Signal für eine lebenswerte Zukunft in der Metropole.

Berlin, 29.08.2025

Stettner Freymark  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der CDU

Saleh Stroedter Vierecke  
und die übrigen Mitglieder  
der Fraktion der SPD